

## POLITIK

### Deutschlands gläsernste Abgeordnete ärgern Geheimniskrämer

**Es gibt sie: Bundespolitiker, die selbst ihre Steuerbescheide veröffentlichen. Ihre Transparenz-Offensiven sind bei den Kollegen in Berlin unbeliebt**

Von Daniel Friedrich Sturm



Einmal jährlich schaltete Norbert Gansel eine Anzeige in der Zeitung und listete detailliert Einnahmen, Ausgaben und den Steuerbescheid auf

Foto: picture-alliance/ZB

**Berlin** - Norbert Gansel freut sich, dass Abgeordnete ihre Nebeneinkünfte fortan offenlegen müssen. Vor über drei Jahrzehnten hat Gansel als erster Bundestagsabgeordneter seine Einkommens- und Vermögensverhältnisse veröffentlicht. Mit 32 Jahren in den Bundestag gewählt, verdiente Gansel mit den Abgeordnetendiäten "für meine Verhältnisse sehr viel", wie er heute sagt.

Einmal jährlich schaltete Gansel eine halbseitige Anzeige in der lokalen Zeitung und listete Einnahmen, Ausgaben und den Steuerbescheid auf. Selbst die Finanzierung seines Hauses wie sämtliche Kontostände legte Gansel offen. Später legte er all diese Auskünfte dem Parteitag der Kieler SPD vor und verschickte sie auf Wunsch. Der Sozialdemokrat Gansel verstand sich nach seinem Einzug in den Bundestag im Jahr 1972 als "Parlamentarier neuen Typs", führte Bürgersprechstunden ein und jobbte jeden Sommer zwei Wochen - etwa als Werftarbeiter oder Müllmann. Auch die aus diesen Berufspraktika erzielten Einnahmen legte Gansel offen.

Was ihm im Wahlvolk beliebt machte, führte unter Bundestagskollegen zu Misstrauen, ja Ablehnung. Mehrere Anträge zur Veröffentlichungspflicht von Nebenjobs, die Gansel mit seinem Parteifreund Peter Conradi stellte, fanden keine Mehrheit im Parlament. "Ich freue mich für alle, die für mehr Transparenz geworben haben", sagt Gansel nun.

Derart detaillierte Angaben, wie Gansel sie veröffentlicht hat, müssen die Bundestagsabgeordneten selbst nach dem in Kraft getretenen geänderten Abgeordnetengesetz nicht publizieren. Die pflichtgemäßen Angaben, die sich seit Donnerstag auf der Homepage [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) finden, sind weitaus spärlicher.

Schon vor dem Karlsruher Urteil zu der Veröffentlichungspflicht von Nebeneinkünften hatten Parlamentarier ihre finanziellen Verhältnisse im Internet dokumentiert. Oftmals jedoch zeigt sich, dass diejenigen Abgeordneten mit vielen lukrativen Posten auf freiwillige Angaben verzichten. So kann man auf der Homepage von Heinz Riesenhuber (CDU) zwar lesen, dass er "ganz schwarze Schokolade gerne nascht" - zu seinen immensen Zusatzeinkommen ist nichts zu finden. Gleiches gilt für Walter Riester (SPD), der allein darauf verweist, zwischen 1976 bis 1998 "Aufsichtsratsmitglied verschiedener deutscher Unternehmen" gewesen zu sein.

Unter der Rubrik "Gläserne Taschen" beweisen andere Parlamentarier bereits seit vielen Jahren einen - höchst unterschiedlich detaillierten - Einblick in ihre Einkommenssituation. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ulrich Kelber etwa hat auf seiner Homepage die "Basisdaten" seiner Steuerbescheide seit dem Jahr 2000 eingestellt. Zudem listet er seine Reisen im Auftrag des Bundestags und seiner Fraktion auf. Hier ist so von einem dreitägigen Kuba-Aufenthalt im Jahre 2003 zu lesen - aus Anlass einer internationalen Parlamentarierkonferenz "im Rahmen der Konferenz des UN-Sekretariats zur Wüstenbekämpfung" in Havanna.

Unter Abgeordneten von Union und FDP bleibt die freiwillige Offenlegung ihrer finanziellen Situation selten. Nur wenige waren der Ansicht der früheren CDU-Abgeordneten Angelika Volquartz. "Bei der optischen Offenheit der Reichstagskuppel sollte es nicht bleiben", sagte Volquartz.

Die Union dringt nun auf eine Präzisierung der Regelungen zur Veröffentlichungspflicht und auf Gespräche mit den anderen Fraktionen. Auch die FDP bemängelt eine "Fülle von Unklarheiten" im Abgeordnetengesetz, sagt ihr Parlamentarischer Geschäftsführer Jörg van Essen. Fraktionskollegen sei unklar, welche Einnahmen in welcher Form angegeben werden müssen.

Die SPD hingegen sieht keinen Handlungsdruck. "Die Verlierer sollten sich jetzt erst einmal in Demut üben", meint der Abgeordnete Christian Lange, der zu den Initiatoren der Offenlegungspflicht zählt. "Gespräche sind immer willkommen - wenn es um mehr Klarheit und mehr Transparenz geht", sagt er. Es sei richtig gewesen, dass Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) die Angaben der Volksvertreter nach dem Urteilsspruch unverzüglich veröffentlicht habe.

Norbert Gansel, der erste Abgeordnete mit "gläsernen Taschen", befürchtet, dass die nun geltenden Regelungen "verwässert" werden könnten. Gansel ist überzeugt: "Mir hat meine Offenlegung erst die Unabhängigkeit gegeben, die ein Abgeordneter braucht."

*Aus der Berliner Morgenpost vom 8. Juli 2007*